



**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

# **BÜROKRATIE-ABBAU JETZT!**

Vorschläge der Mitglieder von  
DIE FAMILIENUNTERNEHMER  
in Niedersachsen

## Öffentliche Verwaltung

### **Verbindliche Bearbeitungsfristen einführen!**

- Die behördlichen Bearbeitungszeiten bei Genehmigungsverfahren sind zu lang. Nach Antragsstellung vergehen oft Monate, bis der Unternehmer seinen Bescheid erhält. Das gilt für Baugenehmigungen, aber auch für die Genehmigung von industriellen, gewerblichen oder landwirtschaftlichen Anlagen. Die Konsequenzen: Verzögerungen, Planungsunsicherheit und Mehrkosten für die Betriebe.
- Die Erfüllungskosten gehen zulasten des betrieblichen Investitionsvolumens. Das Übermaß an Bürokratie kostet aber nicht nur dem Unternehmen viel Zeit und Geld, sondern auch dem Staat. Gleichzeitig entsteht Schaden für die Region, wenn auf diese Weise wichtige Standortinvestitionen verzögert werden.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Der Gesetzgeber muss für Ämter und Behörden einheitliche und verbindliche Genehmigungsfristen einführen.
- Die zentrale Regelung für die Bearbeitungsdauer von Anträgen sollte lauten: „Wird ein Antrag nicht innerhalb von acht Wochen beschieden, so gilt dieser als erteilt.“ Damit diese Frist so einfach wie möglich in der Praxis umgesetzt werden kann, müssen Verwaltungsabläufe effektiver, effizienter und kostengünstiger gestaltet werden.

### **Ämter müssen digitale Rechnungen akzeptieren!**

- Öffentliche Institutionen akzeptieren meist nur gedruckte Rechnungen. Häufig verfügen diese nicht über Software für das Management digitaler Dokumente. Bei gesammelten, automatischen Rechnungsversendungen per E-Mail müssen Unternehmer daher für die öffentliche Hand extra Rechnungen drucken.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Die E-Rechnung muss flächendeckend eingeführt werden, damit die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung einfacher, schneller und digitaler wird. Das Ziel muss ein durchgängig elektronischer Prozess sein – von der Auftragsvergabe bis zur Bezahlung.

## Bauen

### **Die niedersächsische Bauordnung entrümpeln!**

- Die niedersächsische Bauordnung macht durch veraltete, komplizierte und zu viele Vorschriften selbst kleinere Umbauten unnötig zeitaufwendig.
- Die in den vergangenen Jahren hinzugekommenen energetischen Vorschriften lösen geringe Effekte aus, haben aber dafür Baukosten erhöht und Prozesse verlangsamt.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Die Landesregierung muss die Landesbauordnung verschlanken. Auflagen gehören auf den Prüfstand und überflüssige Vorschriften abgeschafft.
- Mittelfristig sollte Niedersachsen über den Bundesrat andere Länder davon überzeugen, eine bundesweite Musterbauordnung zu erarbeiten. Weil jedes Bundesland seine eigene Landesbauordnung besitzt, wird es schon überregional tätigen Projektentwicklern erschwert, das gleiche Gebäude in unterschiedlichen Ländern zu bauen. Die Komplexität zeigt sich auch daran, dass es in Deutschland allein für den Bau 3 300 verschiedene Normen gibt.

### **Das Denkmalschutzgesetz entbürokratisieren!**

- Hoher bürokratischer Aufwand, Rechts- und Planungsunsicherheit für Denkmaleigentümer behindern die wirtschaftliche Nutzung von Baudenkmalern. Dabei besitzt gerade Niedersachsen unzählige gewerblich genutzte, denkmalgeschützte Immobilien.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Veränderungen an Baudenkmalern (z.B. Instandsetzungsmaßnahmen) müssen mit weniger Aufwand durchführbar sein. Wo es möglich ist, sollte das Anzeigeverfahren anstelle des Genehmigungsverfahrens zur Anwendung kommen.

## Energie und Umwelt

### **Verwaltungspraxis im Umweltbereich vereinfachen!**

- Das niedersächsische Umweltrecht ist besonders umständlich. Will man z.B. auf seinem Unternehmensgrundstück einen Altpapier-Lagerplatz verlegen, verlangt das Land dafür eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Diese Verfahren sind durch Beschlüsse der letzten Landesregierung besonders langwierig geworden.
- Rechtlich belastbare Nachweise und Dokumentationen sind umfangreicher und detaillierter geworden, ohne dass dabei ein Mehrwert oder zusätzlicher Nutzen entsteht. Insbesondere die Fragen bei den Umweltaudits zur ISO 14001 sind nach der Revision 2015 spürbar mehr geworden.
- Seit 2015 existieren mit dem EDL-G (Gesetz über Energiedienstleistungen andere Energieeffizienzmaßnahmen) neue gesetzliche Regelungen und Vorschriften, die mit dem Energieaudit unter hohem Aufwand zu erfüllen sind. Das bedeutet für alle 4 Jahre muss einen hohen Bürokratieaufwand.

### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Die Überwachung und Genehmigung von Industrieanlagen muss vereinfacht und beschleunigt werden. Dabei muss der Grundsatz der 1:1-Umsetzung von Bundes- und Europarecht möglichst weitgehend sichergestellt werden.

## Statistische Abfragen

### **Weniger Abfragen, dafür mehr Kooperation unter den Statistikämtern!**

- Die Koordinierung zwischen den statistischen Ämtern auf Landes- und Bundesebene ist unbefriedigend. Offenbar werden Daten zum Teil unabhängig voneinander erhoben. Im Ergebnis sorgen die häufigen Abfragen bei Unternehmern für hohen bürokratischen Aufwand. Oft werden zudem nicht ermittelbare Werte abgefragt.

#### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Die statistischen Ämter von Land und Bund müssen ihre Abfragen besser koordinieren und ihre Erhebungswerte untereinander verstärkt teilen.
- Wenn Unternehmer einwilligen, muss es möglich sein, vorliegende Daten von Ämtern und Institutionen zu erhalten. Daten, die bereits bei Behörden und übergeordneten Versorgern vorliegen, müssen nicht zwangsläufig bei den Unternehmen direkt erhoben werden. (Z.B. können Lohnsummen über die Lohnsteueranmeldungen bei den Finanzämtern oder den Sozialversicherungsträgern ermittelt und Strom- oder Gasverbräuche bei den Versorgern ermittelt werden.)

### **Digitale statt analoge Datenübermittlung!**

- Bisläng erfolgen Abfragen der Statistischen Ämter in Papierform. Dafür müssen elektronisch erfasste Daten mit hohem Aufwand handschriftlich übertragen werden.

#### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Der Abfrageprozess muss vollumfänglich digitalisiert werden, um den Unternehmen die Übermittlung der statischen Daten zu vereinfachen.

## Steuerpolitik

### **Vorfälligkeit der Sozialabgaben beenden!**

- Unternehmer müssen gegen Ende des Monats die Sozialversicherungsbeiträge für ihre Mitarbeiter vorab überweisen – ohne die genaue Höhe der Zahlungen bereits zu kennen. Sie müssen also für Arbeit aufkommen, die noch gar nicht erbracht oder bezahlt wurde. Je nachdem, wie sich das Geschäft bis zum Monatsende entwickelt hat, sind später Nachzahlungen fällig oder werden Überschüsse verrechnet.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Es sollte zur alten Regelung zurückgekehrt werden: Nur einmal bezahlen und das zum 15. des Folgemonats. Die derzeitige Vorfälligkeit der Sozialabgaben entzieht den Betrieben Liquidität und sorgt für einen hohen Verwaltungsaufwand.

### **Besteuerungsverfahren beschleunigen!**

- Zu den bereits bestehenden Steuererklärungspflichten sind immer mehr zusätzliche Berichtspflichten hinzugetreten: Z.B. Aufbewahrungspflichten, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten oder die Verrechnungspreisdokumentation.

#### Forderungen von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Die Steuerbürokratie muss abgebaut und die Möglichkeiten der Digitalisierung im Besteuerungsverfahren besser genutzt werden als bislang.
- Die Aufbewahrungsfristen sollten zur Bürokratierleichterung verkürzt werden.
- Steuerliche Erhebungsbögen müssen auf ihre Verständlichkeit und Handhabbarkeit hin überprüft werden. Das Potential für Zeit- und damit Kosteneinsparungen ist in vielen Bereichen gegeben.

## **Abrechnungen mit der Künstlersozialversicherung vereinfachen!**

- Nicht der selbständige Künstler, sondern der Auftraggeber muss bislang beurteilen, ob die Künstlersozialabgabe zu zahlen ist. Die Prüfung ist hochbürokratisch.

### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Angebot und Rechnung von selbständigen Künstlern sollten einen Hinweis auf die mögliche Künstlersozialabgabepflicht beinhalten – unabhängig davon, ob eine Mitgliedschaft in der Künstlersozialversicherung vorliegt oder nicht. Die künstlersozialversicherungspflichtigen Selbständigen sollten die Abgabe auch selbst abführen.

## **Thesaurierungsbegünstigung leichter machen!**

- Die Thesaurierungsbegünstigung sollte nach Senkung des Körperschaftsteuersatzes Belastungsneutralität für nicht entnommene Gewinne von Personengesellschaften erreichen. Zusätzlich sollten Anreize geschaffen werden, Gewinne im Unternehmen zu belassen und so die Eigenkapitalbasis zu stärken. Die Regelung ist begrüßenswert – jedoch fehlerhaft ausgestaltet, schwer verständlich und komplex in der Umsetzung.

### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Hürden zur Inanspruchnahme steuerlicher Vergünstigungen – in diesem Fall bei der Thesaurierungsbegünstigung – müssen abgebaut werden.

## **Keine nationale Anzeigepflicht für Steuergestaltungen!**

- Deutschland geht mit seinem Vorstoß bezüglich einer Meldepflicht für rein nationale Steuergestaltungen weit über die EU-Vorgabe hinaus. Damit droht wegen der hohen Zahl an potentiellen Meldungen ein bürokratisches Ungetüm. Die geplante weitreichende Meldepflicht ist unbestimmt und führt zu Rechtsunsicherheit.

### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Eine nationale Anzeigepflicht für Steuergestaltungen ist abzulehnen. Befürworter sollten jedoch zumindest die Umsetzung der EU-Richtlinie abwarten und von ersten Erfahrungen profitieren. Bewährt sich die Regelung wider Erwarten, kann man sie unter Umständen auf nationale Gestaltungen ausweiten.

## Öffentliche Vergabe

### **Das Landesvergabegesetz verschlanken!**

- Das niedersächsische Vergabegesetz ist mit vergabefremden Kriterien überfrachtet. Die Verpflichtung zu einer Vielzahl unterschiedlicher Sozial- und Umweltaspekte sorgt für hohen Zeit- und Kostenaufwand für die Erstellung von Vergabeunterlagen und Angeboten – auch für die öffentlichen Haushalte, da sie intensive Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten auf Seiten der Behörden notwendig machen.
- Gerade für Familienunternehmen sind die Hürden für die Bewerbung um öffentliche Aufträge hoch. Vor allem kleinere und mittelständische Betriebe werden durch nicht praktikable Anforderungen faktisch vom Vergabeverfahren ausgegrenzt.
- Städte und Gemeinden erhalten auf Grund der komplizierten Vergaberegulungen oft kaum noch Angebote. Der Mangel an Wettbewerb um das qualitativste und finanziell beste Angebot schadet damit auch der öffentlichen Hand.

### **Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:**

- Niedersachsen muss das Landesvergabegesetz reformieren und sich dabei ein Beispiel an seinen Nachbarn nehmen: Schleswig-Holstein hat in 2018 ein mittelstandsfreundliches Vergaberecht unter Verzicht auf vergabefremde Kriterien eingeführt. Nordrhein-Westfalen behandelt mittlerweile die Anforderungen an den Umweltschutz nicht gesondert, sondern überlässt diese den Vorgaben des Bundes.
- Die Beseitigung vergabefremder Auflagen würde den Wettbewerb um das beste und wirtschaftlichste Angebot ermöglichen, was sowohl den öffentlichen Haushalten als auch den Betrieben, insbesondere mittelständischen Familienunternehmen, sehr zugutekommen würde.



## Arbeitsrecht

### **Beim Mindestlohn den Subunternehmer in die Pflicht nehmen!**

- Das Mindestlohngesetz hat Unternehmen Maßnahmen aufgezwungen, die erheblichen Mehraufwand mit sich bringen. Denn um das Haftungsrisiko einzugrenzen, haben sich viele Unternehmen dazu entschieden, von ihren Subunternehmen Bestätigungen einzufordern, dass diese ihren Mindestlohnverpflichtungen nachkommen.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Es muss eine verschuldensabhängige Haftung eingeführt werden, sodass der Auftraggeber nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit haftet. Außerdem sollte die Haftung des Generalunternehmers darauf beschränkt werden, dass sein Subunternehmer die Mindestlohnvorschriften einhält.

### **Grenzüberschreitende Beschäftigung erleichtern!**

- Werden Mitarbeiter ins Ausland geschickt, sind neben der Beitragspflicht in Deutschland auch Beiträge im Ausland fällig. Um Doppelverbeitragung zu vermeiden, gelten nun bei einer Entsendung in einen anderen EU-Staat weiterhin allein die deutschen Vorschriften. Dazu müssen Arbeitgeber ab 2019 das maschinelle Bescheinigungsverfahren A1 nutzen: Diese Bescheinigung muss der entsandte Mitarbeiter dann im Beschäftigungsstaat nachweisen können.
- Die jetzige Regelung bedeutet: Jedes Meeting, jeder Workshop, selbst das Tanken erfordert eine A1-Bescheinigung. Andernfalls drohen bei Kontrollen Probleme. Wird in all den Fällen künftig eine A1-Bescheinigung beantragt, steigen die Antragszahlen erheblich. Bei kurzfristigen Dienstreisen wird es zeitkritisch, ob binnen Minuten oder Stunden eine Bescheinigung erhalten werden kann.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Die jetzige Regelung ist kleinstaatlerisch. Stattdessen braucht es eine Lösung, die den europäischen Binnenmarkt stärkt. Dazu gehören EU-weit klare Regeln, in welchen Fällen Sozialversicherungspflicht gilt und wann nicht. Die Regeln für Entsendungen müssen zudem gelockert werden. Wenige Stunden oder einen Tag mit einem Arbeitsaufenthalt von sechs Monaten gleichzusetzen, ist unverhältnismäßig.

## Betriebsprüfungen

### **Abmahnbremse für die DSGVO!**

- Durch die DSGVO fürchten viele Unternehmer unverhältnismäßige Sanktionen, nur weil sie das hochgradig komplexe Gesetz möglicherweise nicht zu hundert Prozent korrekt umgesetzt haben. Es droht weiterhin der Missbrauch durch Kanzleien oder Vereine, die mit Abmahnungen ein lukratives Geschäftsmodell betreiben.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Niedersachsen muss sich im Bundesrat für eine Abmahnbremse einsetzen, welche die Praxisuntauglichkeit der DSGVO zumindest teilweise lindert und Betriebe vor Rechtsunsicherheiten schützt. In diesem Zuge sollte das Datenschutzrecht aus dem Anwendungsbereich des „Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb“ herausgenommen werden.
- Die Landesregierung sollte zudem auf Bundesebene das „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“ des Bundesjustizministeriums unterstützen.

### **Bürokratie der Kassen-Nachschau abfedern!**

- Ab 2020 müssen Registrier- oder Computerkassen über eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung verfügen. Eingeführt wird eine sogenannte Kassennachschau für alle Kassenarten: Prüfer des Finanzamts können dann ohne vorherige Ankündigung im Geschäft die Kasse überprüfen. Alle Unterlagen und Daten müssen zur Verfügung stehen. Im Verdachtsfall kann sich eine Betriebsprüfung ergeben.
- Jedoch ist die genaue technische Ausgestaltung der Sicherheitseinrichtung für die Kassen aktuell noch immer nicht beschlossen. Das schafft für Unternehmer Planungssunsicherheit.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Die Politik muss zeitnah die konkrete technische Ausgestaltung der neuen Kassen festlegen. Denn je mehr Filialen das Unternehmen besitzt, desto mehr Vorlauf ist zur Vorbereitung dieser Umstellung notwendig. Auch weil Mitarbeiter für die Bedienung sowie für Kontrollen und Betriebsprüfungen entsprechend geschult werden müssen.

## Gesundheitswirtschaft

### **Bürokratie in der Pflege reduzieren!**

- Der medizinische Dienst der Krankenversicherung und die kommunalen Heimaufsichten prüfen bislang zum Teil in den selben Punkten. Da die Verfahren mehrere Tage dauern, werden sämtliche Leitungskräfte über Gebühr gebunden. Dabei sind die Dokumentationsvorschriften in der Gesundheitswirtschaft ohnehin schon sehr hoch. Die Belastung des Personals ist immens.

#### Forderung von DIE FAMILIENUNTERNEHMER:

- Der medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) muss sich mit den kommunalen Heimaufsichten hinsichtlich der Überprüfung von Einrichtungen besser abstimmen. Pflegekräfte und Ärzte müssen entlastet werden und ihrer eigentlichen Aufgabe nachgehen können.

# BÜROKRATE-ABBAU JETZT!

**DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER**

## **KONTAKT**

Kay Uplegger

Landesvorsitzender von DIE FAMILIENUNTERNEHMER in Niedersachsen

Uplegger location&consult GmbH

30851 Langenhagen

Tel. 0511/9789816

[lvfamilienunternehmer@uplegger.de](mailto:lvfamilienunternehmer@uplegger.de)